

<p style="text-align: center;">Klausurtagung der Jungen Union Mittelfranken vom. 12. Bis 14. April 2019 auf Kloster Schwarzenberg</p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Nichtbefassung <input type="checkbox"/> Überweisung an</p> <hr/>
<p>ANTRAG NR. A8 Europa & Kommunen</p>	<p><input type="checkbox"/> Änderung:</p> <hr/>
<p>ANTRAGSTELLER: Junge Union Mittelfranken</p>	<hr/>

Die Landesversammlung der JU Bayern möge beschließen:

- 1 1. Die CSU ruft alle Kommunalpolitiker auf, sich an den Meinungsbildungsprozessen auf
- 2 internationaler Ebene, vor allem innerhalb der EU, innerhalb des Europarates und in allen
- 3 internationalen kommunalen Verbänden zu engagieren.
- 4 2. Die Kommunalpolitiker nehmen damit eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahr.
- 5 Alle damit entstehenden Aufwendungen sind sachlich gerechtfertigt und die CSU setzt sich für
- 6 eine Kostenerstattung durch den Bund an die Kommunen ein.
- 7 3. Die CSU fordert die Bayerische Staatsregierung auf, die Kommunen bei der Wahrnehmung
- 8 dieser wichtigen Aufgaben zu unterstützen.

9

10 **Begründung:**

11 Die Entwicklung, hin zu einem geeinten Europa, schreitet immer weiter voran. Das

12 Alltagsleben der Kommunen wird dabei immer mehr von Verordnungen und Richtlinien der

13 EU bestimmt. Betrachtet man insbesondere die wichtigen Themenfelder Umwelt,

14 Immissionsschutz, Verkehr, Baurecht, Ver- und Entsorgung, das Beihilfenrecht und letztlich

15 auch das Vergaberecht von öffentlichen Aufträgen, so erkennt man sofort, dass es sich nur

16 vordergründig um nationale Gesetze und Verordnungen handelt. Hinter diesen nationalen

17 Gesetzen und Verordnungen stehen aber immer Verordnungen und Richtlinien der EU die

18 lediglich in nationales Recht übertragen wurden.

19 Das ständig steigende Maß an EU-Verordnungen und Richtlinien erfordert eine aktive

20 Beteiligung der kommunalen Ebene an den Diskussions- und Entscheidungsprozessen in der

21 EU. Die bisher immer wieder anzutreffende Situation der nachträglichen Korrektur von

22 Entscheidungen der EU, wie zuletzt bei der Dienstleistungsrichtlinie zum Thema

23 Trinkwasserversorgung, ist unbefriedigend und für die Zukunft nicht akzeptabel.

24 Das Ziel der Deutschen Kommunen ist die frühzeitige Beteiligung an den Diskussions- und

25 Meinungsbildungsprozessen in der EU, um mit der Erfahrung einer hervorragenden

26 öffentlichen Verwaltung den Verlauf und auch die Ergebnisse dieser Prozesse positiv zu

27 beeinflussen.

28 Die Kommunen nehmen hier eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe wahr, die der
29 Entwicklung der EU, hin zu einer bürgernahen Europäischen Union, wie sie in den Verträgen
30 von Lissabon beschrieben ist, äußerst dienlich ist.

31 Der Ausschuss der Regionen, der Rat der Gemeinden und Regionen Europas und die Open
32 Days der EU im Oktober jeden Jahres sind auf der europäischen Ebene die wichtigsten
33 Plattformen für eine Beteiligung der Kommunen. Ergänzt werden diese Plattformen vom
34 Weltverband der Kommunen UCLG, der ebenfalls den Meinungsbildungsprozess erheblich
35 beeinflusst. Bisher werden diese Instrumente aber nicht in ausreichendem Maße genutzt, um
36 das Fachwissen deutscher Kommunen und Kommunalpolitiker international verfügbar zu
37 machen.

38
39 Neben diesen Aufgaben ist auch die Wahrnehmung der kommunalen Interessenvertretung im
40 Kongress der Gemeinden und Regionen im Europarat eine wichtige gesamtgesellschaftliche
41 Aufgabe, da viele junge Demokratien im Europarat von den Erfahrungen und Wissenstand der
42 deutschen Kommunen profitieren können und somit der Aufbau von demokratischen
43 Strukturen im Bereich des Europarates zeitlich beschleunigt und fachlich qualitativ
44 aufgewertet werden kann.